



**Langfristige Lösung gesucht**  
Bergbahnen-Chef Robert Büchel geht es um die Ausrichtung des Naherholungsgebiets als Ganzes. 3

**Neue Plakette für Kulturgüter**  
Um in Schadenfällen richtig zu reagieren, werden Kulturgüter nach ihrer Wichtigkeit sortiert. 7



## Zehn zusätzliche Fälle gemeldet

Liechtenstein verzeichnete bisher 2780 laborbestätigte Fälle. Innerhalb des letzten Tages wurden 10 zusätzliche Fälle gemeldet. Der Schnitt der letzten 7 Tage liegt bei 9,4 neuen Fällen pro Tag. Bislang traten 56 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. 5 erkrankte Personen sind derzeit hospitalisiert. 2657 erkrankte Personen sind in der Zwischenzeit wieder genesen. Gegenwärtig befinden sich 58 enge Kontaktpersonen in Quarantäne. (ikr)

## Schon 4000 Impftermine vergeben

Von den rund 12 000 Personen, die sich über das Onlinetool für die Impfung angemeldet haben, hat bereits ein Drittel Impftermine erhalten. Es sollte bald genügend Impfstoff geben. (red) 2

## Sapperlot

**Und täglich grüsst das Murmeltier.** Oder ich als vermeintliche AHV-Mitarbeiterin. Kaum den Telefonanruf entgegengenommen, werde ich mit Abrechnungsnummern, Zahlungen und dergleichen bombardiert. Oftmals so emotionsgeladen, dass ich den Anrufer kaum zu bremsen bringe. Übung darin habe ich aber schon. Meistens funktioniert ein bestimmtes «Halt!». Dann eine kurze Pause, um freundlich mitzuteilen, dass der- oder diejenige nicht bei der AHV, sondern beim Vaduzer Medienhaus gelandet ist. Möglichst schnell folgt dann die weitere Erklärung, dass meine Telefonnummer bis auf eine Ziffer gleich, aber eben doch eine andere ist. Die Reaktionen darauf sind oftmals köstlich: Ein deutscher Anrufer nutzte kürzlich die Gelegenheit, gleich mehr über das Medienhaus zu erfahren und beendete das Gespräch mit einem lieben Dank. Erstaunlich, dass so viele einen Zahlendreher haben – liegt dies an den anderen, oder will mir das Schicksal da etwas sagen? Bettina Stahl-Frick

# Referendum gegen Tempo 30 angemeldet

Die Schaanerin Herta Kaufmann sammelt Unterschriften gegen das Tempolimit.

**Elias Quaderer**

Als erste Gemeinde will Schaan auf allen Gemeindestrassen Tempo 30 einführen. An seiner Sitzung vom 31. März genehmigte der Gemeinderat dazu einen Kredit von 580 000 Franken. Bereits auf den sozialen Medien wurde die Entscheidung der Gemeindevertreter kontrovers diskutiert. Gestern meldete nun die Schaanerin Herta Kaufmann ein Referendum gegen den Finanzbeschluss an.

### Gegen die Beseitigung der Fussgängerstreifen

Was spricht gegen die Geschwindigkeitsbeschränkung? Herta Kaufmann stösst sich daran, dass mit der Einführung von Tempo 30 die Fussgängerstreifen auf den Gemeindestrassen verschwinden. Gemäss den entsprechenden Weisungen der Regierung

sind in Tempo-30-Zonen keine Fussgängerstreifen vorgesehen. Die Schaanerin versteht die Welt nicht mehr: «Da bringt man den Kindern in der Schule bei, über den Zebrastreifen zu gehen – und dann schafft man sie ab.» Weiter meint Kaufmann, dass die Gemeinde durch verschiedene Massnahmen die Quartierstrassen ohnehin schon beruhigt habe. Bereits jetzt liege die Geschwindigkeit auf den Gemeindestrassen deutlich unter 50 Kilometern pro Stunde. «Die 580 000 Franken sind nur hinausgeworfenes Geld», so Herta Kaufmann.

### Dachte zuerst, es handelt sich um einen Aprilscherz

Das erste Mal, als Herta Kaufmann vom Entscheid des Gemeinderats las, dachte sie, dass es sich um einen Aprilscherz handle. Erst ein Anruf bei der Gemeinde klärte auf, dass es sich um

keinen Scherz handelt. In diesem Moment habe Kaufmann den Beschluss gefasst, dass sie gegen den Gemeinderatsentscheid vorgehen werde.

Die Schaanerin erklärt, dass sie zwar Initiatorin des Referendums gegen Tempo 30 sei, jedoch stehe eine grössere Gruppe hinter ihr. Näheres zu den Unterstützern des Referendums werde nächste Woche bekannt gegeben. Aber die ehemalige DpL-Landtagskandidatin betont: «Unsere Gruppe ist total überparteilich. Wir haben Vertreter aller Parteien an Bord.» Momentan sei man damit beschäftigt, ein Komitee zu gründen. Dann gelte es, so schnell wie möglich die nötigen Unterschriften zu sammeln. Denn die Zeit drängt: Damit das Referendum zustande kommt, müssen bis am 7. Mai ungefähr 520 Unterschriften von Schaaner Stimmbürgern bei der Gemeinde eingereicht werden.

## Ministerbesuch in Türkei endet mit Eklat

Der erste Besuch eines griechischen Aussenministers in der Türkei seit zwei Jahren hat mit einem Eklat geendet. Bei der gestrigen gemeinsamen Pressekonferenz warfen sich Nikos Dendias und sein türkischer Amtskollege Mevlüt Cavusoglu jeweils Fehlverhalten in zentralen Konflikten wie dem Erdgasstreit und der Migrationspolitik vor. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind seit Jahren angespannt. Die Regierung in Athen wirft dem Nachbarn etwa vor, in Gewässern der ausschliesslichen Wirtschaftszone Griechenlands illegal nach Erdgas zu forschen. Ankara argumentiert, die erkundeten Zonen gehörten zum türkischen Festlandssockel und die Türkei habe ein Recht auf Ausbeutung der Bodenschätze. Der Konflikt brachte die beiden Länder im vergangenen Jahr an den Rand einer militärischen Auseinandersetzung, hatte sich zuletzt aber wieder entspannt. (dpa)

## Russische Diplomaten ausgewiesen

Als Vergeltung für Moskau zugeschriebene Hackerangriffe und Einmischungen in die US-Wahlen weisen die USA zehn russische Diplomaten aus und verhängen eine Reihe neuer Sanktionen. Unter den Diplomaten der Vertretung in Washington seien auch fünf Mitarbeiter russischer Geheimdienste, erklärte das Weisse Haus am Donnerstag. Zudem wird US-Finanzunternehmen der Handel mit russischen Staatsschulden verboten, die ab Mitte Juni ausgestellt werden. Die Massnahme werde die Kosten für Moskaus Schuldendienst erhöhen, zu Kapitalflucht führen und den Rubel und die russische Wirtschaft schwächen, sagte ein ranghoher Vertreter der US-Regierung. (dpa)

## Auch Polen weist Diplomaten aus

Wie die USA hat auch Polen drei russische Diplomaten ausgewiesen. Dem russischen Botschafter sei eine diplomatische Note überreicht worden, in der drei Mitarbeiter der Botschaft in Warschau zu unerwünschten Personen erklärt worden seien, teilte das polnische Aussenministerium am Donnerstag mit. Die Botschaftsmitarbeiter hätten gegen die geltenden Bedingungen für Diplomaten verstossen und zum Schaden Polens gehandelt, hiess es zur Begründung. Polen solidarisierte sich mit den Entscheidungen, die die Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer Politik gegenüber Russland getroffen hätten, teilte das Aussenministerium mit. (dpa)

## Covid-19-Impfung: Privilegien für Geimpfte sind ein ethisches Dilemma



Vorrechte für Geimpfte beim Reisen oder für den Restaurantbesuch? Das ist nicht nur eine heikle politische Frage, es gibt auch ethische Bedenken, wie Ruth Baumann-Hölzle von der Stiftung Dialog Ethik erklärt. Solche Privilegien könnten Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft haben, warnt sie. **WR**

Bild: Keystone

**hierbeimir.li**  
Online regional einkaufen  
100 HÄNDLER  
4000 PRODUKTE  
Regional, traditionell, mit der Heimat verbunden von überall aus – zu jeder Zeit.